

Hüther, Michael

Article

Der lange Atem des Strukturwandels: Normalisierung der Erwartungen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Hüther, Michael (2009) : Der lange Atem des Strukturwandels: Normalisierung der Erwartungen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 62, Iss. 18, pp. 26-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164727>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Michael Hüther*

Der lange Atem des Strukturwandels

Normalisierung der Erwartungen

20 Jahre Mauerfall bleiben in der öffentlichen Debatte hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bilanz erstaunlich unreflektiert. Dagegen wurde vor zehn Jahren noch die Enttäuschung über den unbefriedigenden Fortgang bei der Konvergenz der Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern an die in Westdeutschland weithin beklagt und selbst von Ökonomen mit düsteren Prognosen, wie der Aussicht auf ein deutsches Mezzogiorno, umkränzt (vgl. Sinn 2000, 18 ff.). Davon ist heute nicht mehr die Rede. Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich differenziert, die Erwartungen haben sich normalisiert, und die Bewertungen sind nüchterner geworden. Mit dem Solidarpaket II sind bis zum Jahr 2019 die finanziellen Eckdaten definiert, danach müssen die neuen Länder finanzpolitisch weitgehend auf eigenen Beinen stehen, also ohne Sonderhilfen auskommen. Heute erscheint unzweifelhaft, dass an dieser Wegmarke 30 Jahre nach dem Mauerfall nicht zu deuteln ist. Dies gilt umso mehr, als durch die Ergebnisse der Föderalismuskommission II verfassungsbewehrte Schuldenregeln für den Bund und die Länder fixiert wurden, die ab 2016 respektive 2020 greifen sollen. Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob und wie nach dem Auslaufen des derzeitigen Rahmenprogramms in der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (deren Fördervolumen sich seit dem Jahr 2000 in etwa halbiert hat) und der Investitionszulage im Jahr 2013 eine Förderung für die neuen Länder geboten ist.

Verglichen mit dem Stand vor zehn Jahren hat sich an der gesamtwirtschaftlichen Konvergenz wenig geändert, seit dem Ende des förderpolitisch induzierten Baubooms im Jah-

re 1997 konnten die neuen Länder das westdeutsche Wirtschaftswachstum nicht mehr übertreffen. Dennoch sind die seinerzeit artikulierten Befürchtungen einer flächendeckenden Deindustrialisierung verfliegen. Denn unter der Oberfläche gesamtwirtschaftlicher Entwicklung hat sich viel Positives und vor allem Zukunftsweisendes getan. Es scheint so, als habe die tatsächliche Entwicklung die Orientierung für Wirtschaftspolitik und Analyse neu justiert. Dies zeigt sich gerade an der Frage, welche Bedeutung der Industrie für die Wirtschaft der neuen Länder zukommt. Direkt nach dem Mauerfall hatte man mitunter den Eindruck, dass eine Deindustrialisierung geradezu wünschenswert sei, um den großen Sprung in die Welt der Dienstleistung nahezu avantgardistisch zu vollführen. Kurze Zeit später wurde diese Illusion durch Industriepolitik im Gewande der Transformationspolitik verdrängt und der Fokus auf industrielle Kerne gerichtet (vgl. Paqué 2008, 1). Doch bereits ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde die scheinbar drohende Deindustrialisierung als fundamentale Belastung gesehen und das Menetekel Mezzogiorno an die Wand gemalt. Heute können wir beachtliche Fortschritte bei der industriellen Wertschöpfung konstatieren; Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen entwickeln sich wieder zu Industrieregionen. Damit bestätigt sich einmal mehr, dass ein erfolgreicher Strukturwandel ohne industrielle Basis nicht gelingen kann und dass nur daraus auch die Impulse für die unternehmensnahen Dienstleistungen resultieren können (vgl. Grömling und Lichtblau 2006). Industrie und Dienstleistungen bilden – vernetzt über einen Vorleistungsverbund – so den Motor struktureller Veränderung. Die neue Würdigung der industriellen Basis ist allerdings kein isoliertes Phänomen der Debatte um die neuen Länder, sondern Ausdruck gesamtdeutsch veränderter Einschätzungen. Daran ändert auch die Wirtschaftskrise nichts.

Deutlich geworden ist in den vergangenen zehn Jahren aber auch, dass mehr Geduld vonnöten ist. Vermutlich ist die Perspektive einer Generation, die wir gewöhnlich auf 30 Jahre beziehen, dafür ein gutes Maß. Das Enddatum 2019 für den Solidarpaket II wäre dazu passend. An den langen Atem des Strukturwandels erinnert uns ein weiteres Jubiläum des Jahres 2009, nämlich der am 6. Juli begangene 50. Jahrestag der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in das Bundesgebiet (der so genannte »Tag X«). Das Saarland schaute seinerzeit ebenfalls auf 40 Jahre wirtschaftlicher Desintegration zurück, gleichzeitig war es durch seine starke Montanorientierung bereits ab den frühen sechziger Jahren stark belastet. Aus dem Gemisch erklärt sich der lange Weg, den dieses erste neue Bundesland trotz nicht unerheblicher Anpassungshilfen zurücklegen musste, um im Reigen der westdeutschen Länder wirtschaftlich wieder dort mitspielen zu können, wo es vor 50 Jahren gestanden hatte (vgl. IW Consult 2009). Dieser Hinweis ist kein Trost, doch er hilft, die Erwartungen realistisch zu formulieren und das Positive nicht zu übersehen.

* Prof. Dr. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Fortschritt der Industrialisierung

Der seit gut zehn Jahren zu beobachtenden Stillstand der gesamtwirtschaftlichen Konvergenz zwischen den neuen und den alten Bundesländern sollte den Blick auf darunter zu identifizierende Fortschritte nicht verstellen. Bereits beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner relativiert sich der Befund, denn hier hat sich die Konvergenz – natürlich auch vor dem Hintergrund des Wanderungssaldos zwischen alten und neuen Ländern – unvermindert fortgesetzt, wenngleich die Geschwindigkeit der Angleichung recht niedrig ist (vgl. Tab. 1). Immerhin war von 2000 bis 2008 das reale Wachstum je Einwohner jahresdurchschnittlich mit 2,2% doppelt so hoch wie in den alten Ländern.

Da sich die Arbeitskosten seit dem Jahr 2000 nicht weiter an das westdeutsche Niveau angeglichen haben, konnte sich bei den Lohnstückkosten die fortschreitende Konvergenz bei der Produktivität auswirken. Erstmals seit der Wende lagen im vergangenen Jahr die Lohnstückkosten in beiden Landesteilen gleich hoch. Das anfänglich hohe Investitionstempo konnte seit der Jahrtausendwende nicht mehr aufrechterhalten werden. Dabei zeigt sich die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen deutlich stabiler als die der Investitionen insgesamt, was die kontinuierliche Expansion der Industrie gegenüber dem Bausektor reflektiert. Die dennoch erkennbare Moderation der Ausrüstungsinvestition erklärt sich vor allem dadurch, dass heute weniger Großinvestitionen auf der grünen Wiese vorgenommen werden und stattdessen Produktionsausweitung sowie Modernisierung die dominierenden Investitionsmotive sind. Die Konvergenz beim Kapitalstock je Beschäftigten hat sich deshalb deutlich verlangsamt. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin die Achillesferse des ostdeutschen Transformationsprozesses. Während die Erwerbsbeteiligung nur knapp 90% des westdeutschen Niveaus beträgt, liegt die Arbeitslosenquote – wie 1991 – immer noch doppelt so hoch wie im Westen. Dagegen haben die Selbständigenquote sowie die Unternehmensgründungen und -schließungen die Werte in Westdeutschland erreicht.

Ermutigend sind die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen (vgl. Abb. 1 sowie Röhl und von Speicher 2009, 10 ff.). So sind durchweg hohe Wachstumsraten der Industrie zu konstatieren. Lag nach dem Zusammenbruch der alten Industriekombinate kurz nach der Wende der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung nur noch leicht über 10%, so setzte Mitte der

Tab. 1
Indikatoren im Konvergenzprozess
(ostdeutsche Werte in % des westdeutschen Wertes)

	1991	1995	2000	2008
BIP je Einwohner ^{a)}	33	59	60	69
Produktivität ^{a)} (BIP je Erwerbstätigen)	42	65	69	78
Lohnstückkosten ^{a)}	119	114	112	100
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner	62	106	97	86 ^{b)}
Kapitalstock je Beschäftigten	40	56	73	82 ^{c)}
Arbeitslosenquote	207	180	239	218 ^{a)}
Selbständigenquote ^{a)}	50	72	84	100
Unternehmensgründungen	271	143	87	98 ^{d)}
Unternehmensschließungen	122	144	92	95 ^{d)}

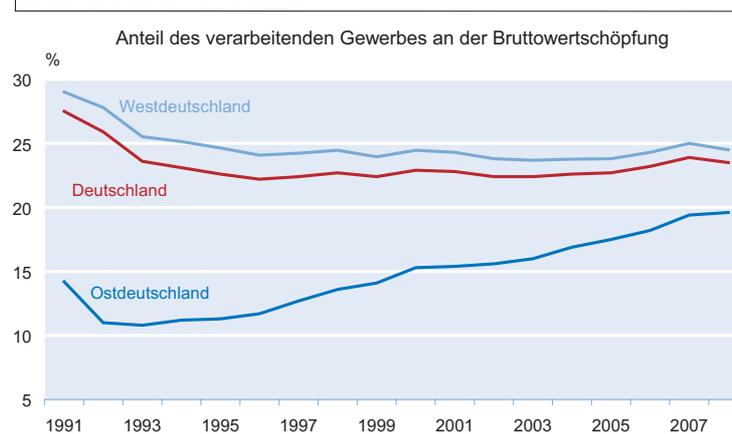
^{a)} Ohne Berlin. – ^{b)} 2006. – ^{c)} 2007. – ^{d)} Neue Länder einschließlich Berlin.

Quelle: Röhl und von Speicher (2009, 6).

neunziger Jahre eine kontinuierliche Expansion ein. 2008 erreichte der Anteil knapp 20% und lag damit spürbar höher als in den meisten Industrieländern (Frankreich 13,2%, Vereinigtes Königreich 14,4%, Vereinigte Staaten 13,2%). Setzte sich dieser Trend stabil fort, dann wäre 2015 mit rund 25% das westdeutsche Niveau erreicht. Die Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben diesen Wert fast schon realisiert, während Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern trotz ebenfalls positiver Entwicklung weit dahinter zurückfallen. Dabei weist die ostdeutsche Industrie spezifische Schwächen auf:

- Die durchschnittlich geringere Unternehmensgröße ermöglicht es nur wenigen Unternehmen als »Systemköpfe« in der regionalen Wirtschaftsstruktur zu fungieren (vgl. Hüther et al. 2008). Erst ein kontinuierliches Wachstum der kleinen und mittleren Unternehmen wird diese in darüber liegende Größenklassen bringen, aus denen dann der Schritt auf Auslandsmärkte gelingen kann. Bislang

Abb. 1
Hohes Wachstum der Industrie



Quelle: AK VGR der Länder.

bedingt die eher geringe Unternehmensgröße eine Produktionsstruktur, die Produkte hervorbringt mit einem, auf den Arbeits- und Kapitaleinsatz bezogen, niedrigeren Wertschöpfungspotential. Hier – und nicht in einer Qualitätsdifferenz bei Arbeit und Kapital – liegt der Grund für eine unverändert geringere Produktivität der ostdeutschen Industrie (vgl. Paqué 2008, 8 f.).

- Das Fehlen von Unternehmenszentralen mit wichtigen Funktionen wie Forschung und Entwicklung begrenzt die Expansionsmöglichkeiten, zumal kleinere und mittlere Unternehmen gerade bei den Innovationsaufwendungen überfordert sind. So sind Industriebranchen der Hochtechnologie im Westen doppelt so stark vertreten wie im Osten, und der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in technologie- und wissensintensiven Branchen liegt in den neuen Ländern mit 21% um 10 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland (vgl. Röhl 2009, 73 f.).
- Die geringe Entwicklung von Clustern als räumlichen Wissens-, Vorleistungs- und Produktionsverbänden sowie von überregionalen Netzwerken beschreibt einen weiteren Nachteil. Verschiedene Studien belegen, dass sich Branchen in Clustern in der Regel besser entwickeln als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (vgl. Lichtblau et al. 2005; Titze 2007; Röhl und von Speicher 2009, 13 ff.).
- Der besondere Rückstand an überregional bedeutsamen Finanzinstituten und Versicherungszentralen sowie großen unternehmensnahen Dienstleistungen kann sich ebenfalls als Hemmnis der weiteren Entwicklung erweisen (vgl. Blum 2007).

Zusammengefasst erklären die dem Entwicklungsstand geschuldete Kleinteiligkeit der ostdeutschen Unternehmensstruktur im verarbeitenden Gewerbe sowie die noch kaum zu identifizierende Vernetzung der Unternehmen zwei dominante Schwachstellen der ostdeutschen Industrie – nämlich ihre unzureichende Innovationskraft und ihre mangelnde Internationalisierung (vgl. Paqué 2008, 9 ff.). Beide Faktoren drohen wiederum selbst im weiteren Transformationsprozess zum Bremsklotz zu werden. Denn Innovationskraft und Internationalität sind die maßgeblichen Erfolgsfaktoren im globalen Strukturwandel (vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen 2009).

Notwendige Regionalförderung

Angesichts der klar identifizierbaren Schwächen der ostdeutschen Industrie stellt sich die Frage, ob und wie auch nach 2013 die Entwicklung gezielt befördert werden soll. Die bisherige Wirtschaftsförderung Ost ist wegen ihrer Mitnahmeeffekte und ihrer mangelnden Zielgenauigkeit viel gescholten worden. Im Zuge der Mezzogiorno-Debatte wurde der

Hauptansatzpunkt einer Förderpolitik in der Öffnung und Differenzierung der Tarifverträge sowie in einer veränderten Anreizstruktur der Sozialhilfe gesehen (vgl. Sinn 2000, 20 f.). Heute liegt angesichts der veränderten tarifpolitischen Landschaft hier kein spezifisch ostdeutscher Ansatzpunkt mehr, eher im Gegenteil ist ein hohes Maß an lohnpolitischer Flexibilität erreicht worden (vgl. Paqué 2008, 5 und 18 f.). Für das Design einer künftigen Förderung sollten die Erfahrungen seit 1990 Hinweise geben (vgl. Röhl und Demary 2009; Röhl und von Speicher 2009, 19 ff., und die dort referierte Literatur).

- Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur« wurden von 1991 bis 2008 in den neuen Bundesländern mit Zuschüssen in Höhe von fast 35,5 Mrd. € Investitionen von insgesamt 173,2 Mrd. € gefördert. Empirische Studien belegen, dass geförderte Unternehmen stärker investieren als ungeforderte. Insgesamt hat die GA-Förderung zu erheblichen Investitionseffekten geführt und nicht nur einzelbetrieblich Arbeitsplätze geschaffen, sondern die Beschäftigung der jeweiligen Branche – mit dreijähriger Verzögerung – positiv beeinflusst, und zwar unabhängig von der Kapitalintensität.
- Mit 600 Mill. € Fördervolumen jährlich ist die Investitionszulage ein ebenso wichtiges und – wegen des Rechtsanspruchs – ein besonders transparentes Förderinstrument. Damit werden betriebliche Erstinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe mit 12,5% (respektive 25% für KMU) der Anschaffungs- und Herstellungskosten gefördert. Wegen fehlender Einzelfallprüfung und angesichts des Rechtsanspruchs ist die Investitionszulage mit erheblichen Mitnahme-, Gewöhnungs- und Fehlsteuerungseffekten verbunden. Nach derzeitigem Rechtsstand läuft die Zulage bis 2013 mit degressiv gestaffelten Fördersätzen.
- Ein weiterer Förderschwerpunkt ist die Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen. Hier werden gezielt Kooperationen und Netzwerkbildung im FuE-Bereich gefördert, seit Juli 2008 neu strukturiert im »Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)«, das bis 2013 laufen wird. Die bisherigen Programme haben in der Evaluation überwiegend gute Noten bekommen. Das gilt für den Anschub von FuE-Investitionen ebenso wie für Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Dieser kursorische Überblick lässt für die Zeit nach 2013 mehrere Schlussfolgerungen zu. Einerseits sollte die Investitionszulage wie vorgesehen auslaufen. Es ist nicht mehr die Zeit der flächendeckenden Förderung, die Mitnahmeeffekte in Kauf nehmen muss. Andererseits sprechen sowohl die spezifischen Nachteile der ostdeutschen Industrie als auch die Erfahrungen mit der bisherigen Beihilfepo-

litik dafür, die Instrumente der spezifischen Förderung von Investitionen und vor allem von Innovationen auch nach 2013 fortzuführen.¹ Dabei könnte das dann erreichte Fördervolumen der Gemeinschaftsaufgabe beibehalten werden, um zu vermeiden, dass die Länder stärker als nötig den Fehlanreiz verspüren, einige Leuchtturmprojekte zu fördern. Notwendig ist es freilich, dass die Landeswirtschaftspolitik einen realistischen Blick auf die Chancen einer Clusterstrategie entwickelt. Die Erfahrungen aus Bayern (»Bayern innovativ«) sind durchaus positiv, man muss allerdings den Mut haben, regional und branchenmäßig Schwerpunkte zu setzen. Das brandenburgische Landesförderprogramm definiert hingegen 65 Branchenschwerpunkte auf kommunaler Ebene und überführt das Clusterkonzept damit in eine alle Landesteile erfassende Strategie. Dies ist ein Irrweg. Wichtiger ist es, zusätzlich die Wissenschaftseinrichtungen weiter zu entwickeln und vor allem die Vernetzung mit den Unternehmen zu stärken, um so wirksame Wissensnetzwerke entwickeln zu können. Dabei helfen auch Technologie- und Gründerzentren, die den Unternehmen in der Startphase eine Heimstatt und damit Entwicklungschancen bieten. Die bisherigen Erfahrungen dazu sind positiv (vgl. Paqué 2008, 17 f.). Eine passend konstruierte Forschungsprämie, die das Geld der Nachfrage folgen lässt und dieser nicht voran läuft, ist dabei ebenso hilfreich wie eine allgemeine steuerliche FuE-Förderung, die gerade die kleineren und mittleren Unternehmen besser erreicht (vgl. Spengel et al. 2009). Das allerdings sind gesamtdeutsch sinnvolle Lösungen.

Ein zweites Handlungsfeld bleibt auch nach den Ergebnissen der beiden Föderalismuskommissionen der Länderfinanzausgleich. Immer noch ist es so, dass gerade für finanzschwache Länder der Anreiz gering ist, die eigene Steuerkraft zu stärken. Die Grenzentragsraten im horizontalen Ausgleich zwischen den Ländern sind unverändert prohibitiv. Ein Land, das seine Haushaltslage über Wirtschaftswachstum zu entspannen versucht, hat kaum etwas davon. Es wäre zu erwägen, ob nicht finanzschwache Länder grundsätzlich die Möglichkeit bekommen, temporär – beispielsweise für fünf Jahre – aus dem Länderfinanzausgleich auszusteigen und dafür – in der Ausgangssituation betragsgleich – höhere Anteile am örtlichen Steueraufkommen zu erhalten (zum sog. Optionsmodell vgl. IW Consult 2007, 76 ff.). Jede eigene Anstrengung würde sich auf der Einnahmenseite des Landesetats spürbar positiv auswirken. Infrastrukturinvestitionen wären dann für die Länder besonders attraktiv, wenn ein Effekt auf die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gut begründet zu erwarten wäre.

¹ Das knüpft an frühe Überlegungen zur Regionalförderung an, wie sie beispielsweise vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 1993/94 (Ziffern 283 f.) vorgestellt wurden. Die damals ausgedrückte Hoffnung, über wettbewerbsstarke Industrien entsprechende Wachstumskerne schaffen zu können, hat sich doch verwirklicht.

Drittens schließlich sind die neuen Bundesländer in dramatischer Weise vom demographischen Wandel betroffen. Die anhaltende Nettoabwanderung, verbunden mit der niedrigeren Geburtenrate, wird sich als bedeutende Last erweisen. Denn die ohnehin schon deutliche Schrumpfung der ostdeutschen Bevölkerung – der Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich seit dem Mauerfall von 25% auf ein Fünftel vermindert – verbindet sich mit einer im Vergleich zu den alten Ländern verschärften Alterung. Der Fachkräftemangel, wie er sich im vergangenen Aufschwung erstmals in den technischen Berufen weithin erkennbar zeigte, dürfte dann zu einer zentralen Wachstumsbremse werden. Der demographische Wandel wird in den neuen Ländern mit durchaus großem Einsatz und hinreichendem Problembewusstsein beantwortet, zugleich aber fehlt die nötige politische Konsequenz, um durch eine umfassende Strategie an den Ursachen zu arbeiten, statt nur die Symptome zu kurieren (vgl. Berlin-Institut 2009, 6 ff.). Die Erfahrungen anderer Wirtschaftsregionen mit über längere Zeit schwacher Wachstumsperformance zeigen indes, dass bei einem attraktiven Umfeld und stabiler wirtschaftlicher Basis Zu- und Rückwanderungen von Arbeitskräften möglich sind. Ein derartiges Umfeld erfordert neben einer breit angelegten Standortpolitik auch die Förderung eines Klimas der Offenheit. Der erreichte Zustand der Infrastruktur, die Reaktivierung der Innenstädte, die kulturelle und historische Vielfalt und nicht zuletzt die Qualität der Bildungssysteme bieten dafür gute Voraussetzungen. Die in der Krise testierte Robustheit der Wirtschaft in den neuen Bundesländern sollte ebenfalls positive Signale senden. So sind wir 20 Jahre nach dem Mauerfall zwar immer noch von den seinerzeitigen Wünschen und Erwartungen entfernt, doch hat uns die Entwicklung auch positiv überrascht. Es ist ein langer, beschwerlicher Weg, doch keiner ohne Aussicht auf Besserung.

Literatur

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009), *Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin.
- Blum, U. (2007), »Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen«, *Wirtschaft im Wandel* (6), 187–194.
- Grömling, M. und K. Lichtblau (2006), *Deutschland vor einem neuen Industriezeitalter?*, IW-Analyse 20, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Hüther, M., R. Rodenstock, B. Schwenker und J. Thumann (Hrsg., 2008), *Systemkopf Deutschland Plus – Die Zukunft der Wertschöpfung am Standort Deutschland*, IW-Studie, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- IW Consult (2007), *Position des Saarlandes in der Föderalismusdebatte. Politische, finanzwissenschaftliche und verfassungsrechtliche Bewertung verschiedener Handlungsoptionen*, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- IW Consult (2009), *Wirtschaft Saarland 1959 bis 2009. Wie hat sich das Saarland in den letzten 50 Jahren wirtschaftlich entwickelt – ein Bundesländervergleich*, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Lichtblau, K., A. Neligan und I. Richter (2005), »Erfolgsfaktoren von M+E-Clustern in Deutschland«, *IW-Trends* 32(2), 31–44.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2009), *Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 2009. Zusammen wachsen. Vernetzt zu neuer Stärke*, Düsseldorf.

- Paqué, K.-H. (2008), »Transformationspolitik in den neuen Ländern: Eine industrielle Erfolgsgeschichte?«, Vortrag bei der Jahrestagung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln am 22. Oktober 2008, URL: <http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/pressemappe/2008/Jahrestagung%20Prof.%20Paqué%20Vortrag.pdf>.
- Röhl, K.-H. (2009), »Strukturelle Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft«, *IW-Trends* 36(1), 67–81.
- Röhl, K.-H. und M. Demary (2009), »20 Years after the fall of the Berlin Wall: Structural Convergence in a Slow-Growth Environment«, *Applied Economics Quarterly*, erscheint demnächst.
- Röhl, K.-H. und P. von Speicher (2009), »Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall. Ist die Investitionsförderung Triebfeder von Industriewachstum und regionaler Entwicklung?«, *IW-Position* 41, Köln.
- Sinn, H.-W. (2000), »Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder«, *ifo Schnelldienst* 52(26–27), 10–22.
- Spengel, Chr. et al. (2009), *Steuerliche Förderung Forschung und Entwicklung in Deutschland. Ökonomische Begründung, Handlungsbedarf und Reformbedarf*, Springer, Heidelberg.
- Titze, M. (2007), »Strategien der neuen Bundesländer im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« – Ein Vergleich«, IWH-Diskussionspapier Nr. 14, Halle.